



Endlich wird die 2. Strassentunnel-Röhre am Gotthard gebaut – über 20 Jahre zu spät!

Sehr geehrte Damen und Herren
Liebe Mitglieder und Sympathisanten

Die Abstimmung vom 28. Februar 2016 hat endlich ein **vernünftiges Abstimmungsergebnis** zur **zweiten Röhre** des Strassentunnels am Gotthard gebracht. Der künftige Bau ist zwar Jahrzehnte zu spät, aber immerhin wird jetzt gebaut. Der alte Tunnel kann danach saniert werden und in etwa gut 10 Jahren ist der leidige Gegenverkehr im 17 km Tunnel im normalen Tagesbetrieb beendet. Danach wird Gegenverkehr nur noch nachts sein, wenn eine Tunnelröhre gewartet werden muss. Die zweite Ausnahme könnte bei einem grossen Unfall (Auffahrunfall) sein, wenn kurzfristig 1 Röhre gesperrt werden muss. Ob dann bei grossen Festtagsstaus eine oder sogar beide Röhren kurzfristig im Vierspur-Betrieb geführt werden – was ja äusserst vernünftig wäre – wird dann die Zukunft weisen. Die Auffassung, da würde für kurze Zeit der Alpenschutzartikel verletzt, können wir getrost mit dem Hinweis beiseiteschieben, diese kurzfristige Verkehrsführung gilt ja nicht für Lastwagen und im Übrigen gibt es Verfassungsbestimmungen, wie beispielsweise die steuerliche Diskriminierung der Ehepaare, die seit Jahrzehnten ununterbrochen verletzt werden.



gotthard-tunnel-ja.ch

Leider ist die CVP Initiative zur Aufhebung der steuerlichen Diskriminierung von Ehepaaren ganz knapp gescheitert. Das Ständemehr war ein klares JA zur Initiative. Nur rund 55'000 mehr Nein-Stimmen kamen von linken Städten.

Eine aussergewöhnlich hohe Stimmbeteiligung (die 4. höchste, die es je gegeben hat) und die erstmals perfekte Mobilisierung der Linken hat den Ausschlag gebracht. Diese Mobilisierung der Linken wurde in einer **ausserordentlichen Schlammschlacht gegen die Durchsetzungsinitiative der SVP** erreicht. Eine **Lügenpropaganda** mit dem Schweizerkreuz als Hakenkreuz und einer **teuren Flut von NEIN-Plakaten und der Behauptung die Demokratie der Schweiz werde ausgehebelt** hat die Linken im Verbund mit «netten Gutmenschen» an die Urnen gebracht. Von einer Zustimmung durch Umfragewerte von 62 % zwei Monate vor der Abstimmung ist am Abstimmungssonntag nur noch ein Ja- Stimmenanteil zur SVP Initiative von gut 42 % geworden.

Die mehrheitlich linke Presse hat nicht gegen diese Schlammschlacht protestiert. Der Zweck heiligt eben die Mittel, wenn die Linken das tun, ist es offenbar schon gut, doch die SVP hätte sich so eine politische Schlammschlacht nie erlauben dürfen. Die SVP hat ja eindeutig auch noch nie so



eine Lügenpropaganda produziert. Mir ist schleierhaft, wie eine bürgerliche FDP so ein Abstimmungsgebaren mittragen konnte und sich dermassen für auszuschaffende Verbrecher und eine linke Richter-Allmacht einsetzen konnte. – Aber lassen wir das Thema, «die Würfel sind gefallen».

Die nächste Abstimmung vom kommenden 5. Juni 2016 mit 5 wichtigen eidgenössischen Vorlagen rollt an:

Kämpfen wir für ein klares **JA zur Milchkuhinitiative!** Die steuerliche Ausnützung von uns Autofahrern muss endlich beendet werden. Die Strassen- Infrastruktur ist endlich mit unserem Geld ganz auszubauen.

Die Flüchtlingsflut und Asylproblematik ist in der Schweiz und für uns als Steuerzahler zentral

Wir müssen das **Referendum gegen Gratisanwälte** - eine weitere Vorlage vom 5. Juni 2016 - unterstützen. Mit Steuergeldern darf im Asylwesen nicht so umgegangen werden! Das **ganze Asylwesen** muss auf ein **neues Fundament** gestellt werden.

Die Schweiz ist als Staat zu grosszügig. Mit Steuergeldern darf bei Bund und Kantonen nicht so umgegangen werden. Linke Mehrheiten – wiederum im Verbund mit «netten und oft naiven Gutmenschen» beschliessen ununterbrochen und automatisch mehr Geldmittel. Der **Bund** schiebt dann diese finanzielle Belastung auf die **Kantone**, die wiederum weiter auf die **Gemeinden**, die mit Steuererhöhungen vor allem uns als Mittelstand treffen, wo es finanziell immer mehr unerträglich wird. – Dieses System heisst: «Den Letzten beißen die Hunde» Das **Endergebnis** wird sein, der **relative Wohlstand des Mittelstandes** (steuerliches Einkommen zwischen 40'000.- und 120'000.- Franken) sinkt ununterbrochen. Diese Spirale des wirtschaftlichen Absinkens des Unteren und Mittleren Mittelstandes muss auch im allgemeinen **wirtschaftlichen Umfeld** in Europa und mit der nicht zu stoppenden **Personenfreizügigkeit** gesehen werden. Dazu kommt, mit dem **heute praktizierten Flüchtlingsbegriff** im Asylwesen können sich Leute von überall auf der Welt die Zuwanderung in Europa und in der Schweiz «erpressen». Allzu viele abgewiesene «Asylbewerber» können wegen ihren nicht demokratischen Heimatländern **gar nicht zurückgeführt** («zurückgeschafft») werden. Sie bleiben in Wirklichkeit hier in der Schweiz und in Westeuropa, wo sie es in jedem Fall bequemer haben als in ihren Herkunftsländern. Die Sozialleistungen der Schweiz sind im Vergleich zu ihrem Herkunftsland paradiesisch, ja sogar die Nothilfe, wenn sie dann nur die erhalten, sind immer noch angenehmer als zurückgeführt zu werden. Einem **freiwilligen Ausreisen** oder sogar «**Untertauchen**» steht in unserem Land nie etwas entgegen. - Beispiele dazu könnten tausende beschrieben werden.

Die Schweizer Bevölkerung ist privat enorm grosszügig!

Wir können heute in der Zeitung lesen, wie der Krieg in Syrien und die andauernde Berichterstattung über die Flüchtlingsströme und neuerdings die Grenzzäune in Österreich und den Balkan-



ländern die Herzen der spende-freudigen Schweizer öffnen. Das **Rote Kreuz** und andere Organisationen berichten, dass der Spendeneingang dieses Jahr schon 10mal höher als im langjährigen Durchschnitt sei. Dem ist nichts beizufügen und **es ist auch gut so!** Jeder soll selbst entscheiden, wann und wieviel er spenden will und kann. – **Es darf einfach kein Zwang «zum Spenden» via Steuererhöhung geben. Dem müssen wir politisch entgegentreten! Damit wird unser Wohlstand bedroht!**

Nur grundlegende Menschenrechte sollten gelten!

Es darf keine Folter und andere staatliche Grausamkeiten geben. Dieses Ziel ist noch lange nicht erreicht. Doch werden leider diese sogenannten **«erweiterten Menschenrechte»** von **linken Weltverbesserern und sozialistischen Ideologien** missbraucht. Sie behaupten, alle Leute hätten ein Anrecht auf den Wohlstand wie wir ihn in der Schweiz und Westeuropa haben – und wir müssten dies mit unserem Sozialstaat und einem grosszügigen Asylwesen finanzieren. Eine grosse «Asylindustrie», die davon lebt, unterstützt diese Forderung auch. - Der Motor der weltweiten Armut ist vor allem **die Überbevölkerung** und die Mehrheit der diktatorischen Länder und oft auch die Ideologie etlicher Weltreligionen. **Dagegen müssen wir uns wehren, um als Mittelstand nicht in die Armut abzusinken!**

Herzliche Grüsse

Frank Karli, *Präsidiumsmitglied auto-partei.ch u. Kantonalpräsident Aargau*

Eidgenössische Volksinitiative
**«Für eine faire
Verkehrsfinanzierung»**

www.milchkuh-initiative.ch

